

Sarkozy, Odysseus des 21. Jahrhunderts - vom Krieg gegen Libyen

*Menin aeide, thea, Peleïad(e)o Akhileos
Besinge den Zorn, Göttin ... des Helden ...*



1	„Koalition der Willigen“	2
2	Menschen sterben im Krieg.....	3
3	Krieg um Öl – die wirklichen Interessen	3
4	Die Militarisierung des Aufstands führte zu Krieg	4
5	Fragwürdige Unterstützung der Kriegsalliierten.....	5
6	Kriegsgewinner – der militärisch-industrielle Komplex	5
7	Militärstrategische Fragwürdigkeit	6
8	Die fragwürdige Entscheidung des UN-Sicherheitsrates	7
9	Psychologische Kriegsführung und Manipulation der Massen	9
10	Die Stellungnahmen der Katholischen Kirche.....	10
11	Ein notwendiger Krieg?.....	11
12	Nein zum Krieg gegen Libyen.....	11

Seit Sonntag, dem 20. März 2011 greifen Kampfflugzeuge der Kriegsallianz Ziele in Libyen an. Mit der Operation „Odyssey Dawn“ sind zwölf europäische Staaten im Bunde mit den USA, Kanada und der Türkei in einen neuen Krieg verstrickt.

1 „Koalition der Willigen“¹

Noch nie wurde in der Geschichte der EU so deutlich, was innerhalb der EU schon lange als „Koalition der Willigen“ bezeichnet wurde – ein Begriff, der seit den ersten Golfkriegstagen signalisiert, wann ein neuer Krieg beginnt.² Wenn die militärisch am meisten hochgerüsteten Staaten der EU – allen voran Frankreich und Großbritannien – zu Militärschlägen bereit sind, dann schlagen sie im Bunde mit anderen NATO-Staaten los, auch wenn es dafür weder in den EU-Gremien noch im Nordatlantikpakt³ eine Mehrheit gibt. Eine konsensuale GASP ist Schimäre. Die „Tauben“ in der EU haben da nichts zu sagen, selbst wenn diesmal die deutsche Bundesregierung vor Militärschlägen warnte. Die französisch-britisch-amerikanischen Angriffe stellen jedes Schönreden von einer „Friedensmacht EU“ in Frage. Die Falken bestimmen mit ihrer Militärmacht, was Sache ist. EU-Staaten, die da nicht mitmachen können oder wollen, werden indirekt als „Unwillige“ gebrandmarkt, selbst wenn sie schweigend oder laut für Militärschläge sind. Das neutrale Österreich verrät seine Rolle als aktiver Friedensstifter, indem EU-Vertreter bereits im vorhinein militärische Loyalität signalisierten und die Bundesregierung sich vor kritischer Stellungnahme zurückhält.⁴ Wäre Österreich bereits Mitglied der NATO, so müsste es vorbehaltlos die Kriegspolitik dieses Bündnisses unterstützen. Ein Opting-out wäre nicht mehr

¹ Als Koalition der Willigen oder als Koalition der Willenden (Original: „coalition of the willing“) bezeichneten insbesondere die US-amerikanischen Gründer dieser Koalition eine Allianz von Staaten, die den Angriff der USA im Frühjahr 2003 auf den Irak im Dritten Golfkrieg politisch und militärisch unterstützten. Innerhalb einer Bündnisstruktur wird damit eine Situation geschaffen bzw. erlaubt, wonach einige Staaten an einer kriegerischen Aktion teilnehmen können, ohne dass alle zustimmen müssen. Innerhalb der EU wurde dieser Begriff beispielsweise verwendet, wenn ein EU-Mitgliedsland an einer gemeinsamen Maßnahme nicht beteiligt sein wollte, zugleich aber durch sein Nein nicht die „Willigen“ blockieren konnte.

² Frankreich, Großbritannien, die USA, Kanada und Italien hatten die Operation gestartet. Zum erweiterten Kreis der Koalition zählen Spanien, Dänemark, Norwegen, das neutrale Schweden, Belgien, die Niederlande, Deutschland, Griechenland sowie die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und die Türkei, die auch einen Beitrag für die Militäraktion zugesagt haben.

³ Vor allem das NATO-Mitgliedsland Türkei übte Zurückhaltung und stemmte sich gegen die Beteiligung der NATO an der Durchsetzung der Flugverbotszone.

⁴ Im Gegenteil: Am zweiten Tag der Angriffe meinte der österreichische Außenminister, Österreich könne sich aufgrund seiner Neutralität zwar nicht an Kampfeinsätzen beteiligen, würde aber für humanitäre Einsätze im Rahmen der Battlegroups bereit sein.

möglich. Noch schützt die immerwährende Neutralität Österreich davor, in den Krieg hineingezogen zu werden.

2 Menschen sterben im Krieg

Ein Krieg gegen Libyen fordert unzählige Menschenleben. Die Militärs nehmen dies als „Kollateralschäden“ in Kauf. Im Friendly Fire sterben auch Menschen – egal ob Soldaten oder Zivilisten – die man eigentlich schützen möchte. Vor allem aber: Der Luftkrieg der Alliierten entfachte und verstärkte einen Bürgerkrieg zwischen Gaddafi-treuen Truppen und den Aufständischen. Die kriegerische Interpretation der UN-Resolution 1973 unterstützt eine der Bürgerkriegsparteien. Es ist mehr als scheinheilig, wenn der Angriffskrieg mit dem Argument geführt, Menschenleben zu retten. Würde dies das wichtigste Motiv sein, dann dürfte kein Krieg geführt werden, dürfte nicht der Bürgerkrieg verstärkt werden und würde auch nicht durch Frontex das Leben von Tausenden Flüchtlingen gefährdet werden. Um einen Krieg zu führen, kann massenhaft und ressourcenintensiv Material in Bewegung gesetzt werden, während das japanische Volk so dringend weit mehr Hilfe von der internationalen Weltgemeinschaft brauchen würde. Welch zynische Weltpolitik! Aus den Kriegen im Irak und Afghanistan wurde nichts gelernt. Bomben können weder Demokratie schaffen noch kann aus zerbombten Städten und auf Leichenfeldern Frieden wachsen.

3 Krieg um Öl – die wirklichen Interessen

Welche Ziele verfolgen die französischen Mirage und Rafale, die britischen Typhoon und Eurofighter, die US-amerikanischen B2-Bomber, Marschflugkörper, Kriegsschiffe und Unterseeboote? Wieder – wie im Falle Irak und Afghanistan – muss der Vorwand einer „humanitären Intervention“ erhalten, um die primären Wirtschaftsinteressen des Westens zu verschleiern.⁵ Warum wird nicht im Jemen interveniert, wo die Demokratiebewegung blutig niedergeschlagen werden soll? Warum nicht im Kongo, wo in einem grausamen Bürgerkrieg bereits Abertausende umgebracht worden sind? Als sich die Menschen in Bahrain gegen die US-gestützte

⁵ Tatsächlich gab es bis zum militärischen Angriff am 19. 3. 2011 kaum gesicherte Berichte von Angriffen von Gaddafi-Truppen auf die Zivilbevölkerung. In den westlichen Medien hingegen wurde sofort immer vom „Schlächter von Bagdad“ geschrieben, der Zivilisten mit Kampfflugzeugen bombardieren würde. Eine Verifizierung solcher Meldungen blieb jedoch aus. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, wie massiv Gaddafi seit Jahrzehnten Menschenrechtsverletzungen beging.

Monarchie erhoben und in den Straßen zusammengeschossen wurden, war keine Rede von einem Eingreifen (des Westens), obwohl dort die 5. US-Flotte stationiert ist und die Marines zweifellos sehr schnell eine Lösung hätten herbeiführen können.⁶ Warum keine Interventionen zur Befreiung des tibetischen Volkes von der chinesischen Fremdherrschaft? Warum keine Intervention zugunsten von Palästina angesichts systematischer jahrzehntelanger Menschenrechtsverletzungen? Wenn es um den Schutz von Zivilisten geht, dann müssten die Alliierten auch in Cote d'Ivoire im Einsatz sein.⁷ Warum aber in Libyen und nicht an den vielen anderen Orten? Die Antwort ist offensichtlich. Libyen verfügt über die größten Ölressourcen im afrikanischen Raum.⁸ Ginge es wirklich darum, die libyschen Bürger und Bürgerinnen vor Gaddafi zu schützen? Dann hätten die westlichen Mächte längst – schon seit vielen Jahrzehnten – die Möglichkeit gehabt, nicht mehr die blutigen Ölgeschäfte mit dem libyschen Tyrannen zu machen, ihn hochzurüsten mit eben jenen Kampffjets, Fliegerabwehrsystemen und Waffen, gegen die jetzt gekämpft wird. Der Krieg in Libyen ist ein Krieg um Öl!

Auch österreichische Firmen waren bislang gut im Geschäft mit libyschen Firmen und Gaddafi. Die OMV bezog 34.000 Fass pro Tag. Knapp ein Viertel des in Österreich verwendeten Rohöls kommt aus Libyen. Mit einem Exportplus von 40 Prozent – 140 Millionen Euro – war Libyen bisher bester Geschäftspartner in Afrika für heimische Firmen. Neben OMV sind die Baufirmen ASAM und STRABAG dick im Geschäft mit libyschen „Partnern“.

4 Die Militarisierung des Aufstands führte zu Krieg

Was ist schief gelaufen am Aufstand in Libyen? Aus der Perspektive der Gewaltfreiheit fällt auf, wie von Beginn an – anders als in Tunesien oder Ägypten oder in den gewaltfreien Aufständen anderswo in der Welt – die Aufständischen auch zu Mitteln der Gewalt gegriffen haben. Die Führung der Demokratiebewegung hatten

⁶ Die 5. Flotte der US-Navy befindet sich in Manama, der Hauptstadt Bahraïns. Angesichts der Spannungen mit dem Iran ist dieser Stützpunkt für die USA von besonderer Bedeutung. Der gesamte Golfkooperationsrat (mit Bahrain sind das Kuwait, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Oman) hatte sich auf die Seite der Regierung und gegen die Oppositionsbewegung gestellt. Saudi-Arabien schickte eigene Truppen zur Unterstützung des Regimes von Bahrain. In Manama sind 3000 US-Soldaten. Insgesamt besteht die 5th Fleet aus 30.000 Matrosen und 30 Kriegsschiffen.

⁷ Während in Libyen gekämpft wurde, herrschte an der Elfenbeinküste ein blutiger Bürgerkrieg. Allein am 2. April 2011 sollen dort in einem Blutbad 800 Menschen getötet worden sein.

⁸ Libyen verfügt über die neungrößten Ölvorräte der Erde. Zuletzt wurden 1,67 Millionen Fass pro Tag gefördert.

bald jene Kräfte inne, die mit erbeuteten Panzern und Waffen zum Kampf gegen die Truppen Gaddafis bereit waren.

In Ägypten gelang es, das Militär sehr schnell für den Aufstand zu gewinnen, weil gegen das Militär nicht gekämpft wurde; in Libyen wurde von Beginn an das Gaddafi-treue Militär als Feind bekämpft. Nicht zu Unrecht wurden in Libyen die Aufständischen als „Rebellen“ bezeichnet. Es entstand sehr schnell eine Bürgerkriegssituation.

Die USA und Frankreich – und vielleicht wird Wikileaks noch aufdecken, wie die Geheimdienste wirklich arbeiteten – haben in den letzten Wochen den Aufständischen signalisiert, dass sie die Rebellen auch militärisch unterstützen würden, was mehr und mehr zu einer militärischen Win-Lose-Situation führte. Was wäre gewesen, hätten sich die Rebellen nicht zum militärischen Kampf in den Städten Misrati oder Benghasi verschanzt? Das massenhafte Töten von Menschen hätte verhindert werden können. Tunesien und Ägypten zeigten, dass gegen Despoten gewaltfrei und mit Aussicht auf Erfolg gekämpft werden kann.

Mit den Angriffen im Zusammenhang mit der Errichtung der Flugverbotszone kam es sofort zu einer Eskalation der Gewalt.

5 Fragwürdige Unterstützung der Kriegsalliierten

Ironischerweise haben sich am militärischen Kampf zunächst auch jene arabischen Regime beteiligt, die selbst die Aufstände in ihren eigenen Ländern teils brutal unterdrücken. Mit Waffen aus den UN-Sicherheitsratsländern wird in Bahrain gegen friedliche Demonstranten geschossen – vielleicht zählt aber auch Bahrain schon zur „Koalition der Willigen“.

6 Kriegsgewinner – der militärisch-industrielle Komplex

Jubeln darf der militärisch-industrielle Komplex. Die Milliarden, die in Rüstung gesteckt werden, scheinen sich zu lohnen. Erstmals können die Eurofighter ihre Kriegstauglichkeit unter Beweis stellen. Die USA testen ihre neuen Stealth Bomber⁹ und präsentieren sie damit medienwirksam künftigen Regimen irgendwo auf der Welt

⁹

B2-Stealth – Kostenpunkt 2.400 Millionen USD.

zum Kauf.¹⁰ Während die Welt geschockt ist vom Horror der Nuklearkatastrophe von Fukushima, kreuzt im Mittelmeer ein US-amerikanisches Atom-U-Boot.

7 Militärstrategische Fragwürdigkeit

Aus militärstrategischer Sicht sind die Luftangriffe mehrfach fragwürdig. Noch nie wurde ein Krieg nur mit Luftangriffen gewonnen. Meist folgten darauf die Bodenkämpfe. Noch schließt der UN-Sicherheit eine Invasion mit Bodentruppen aus. Zweitens sind Luftangriffe stets verbunden mit der Wahrscheinlichkeit, dass dabei auch die Zivilbevölkerung getroffen wird. Die Angriffe könnten wieder – wie im Irakkrieg, im Bosnienkrieg und in Afghanistan – mit Urangeschossen erfolgen und auch Libyen würde dann mit Uranmunition¹¹ verseucht werden. Unter den kontaminierten Kriegsschauplätzen würden über Generationen Menschenleben gefährdet. Dies ist im Angesicht von Fukushima auf der anderen Seite dieser Welt ein weiterer Skandal, wie menschliche Hybris bereit ist, Menschenleben über Generationen zu gefährden!

¹⁰ Aus militärischer Sicht war der äußerst kostspielige Einsatz von B2-Stealth Bombern nicht unumstritten. Zum Bombenwerfen hätten auch Kriegsflugzeuge genügt, die in Europa stationiert sind und nicht erst aus Missouri eingeflogen werden. Dieser Einsatz fällt auch unter die Art und Weise der psychologischen Kriegsführung – mit modernster Waffentechnologie „Eindruck“ machen und zu signalisieren, zu allem bereit zu sein. Keine Kosten sind zu hoch.

¹¹ Der Gebrauch von Waffen mit DU (depleted Uranium) würde klar dem Mandat 1973 des UN-Sicherheitsrats widersprechen, der den Schutz der Zivilbevölkerung vorsieht. Die ICBUW (International Coalition to Ban Uranium Weapons) hatte bis dato (27.3.2011) noch keinen Beweis für den Einsatz von DU-Munition, sieht jedoch eine große Gefahr darin, insbesondere dann, wenn es zu einer Auseinandersetzung am Boden käme. Doch auch von Flugzeugen könnte DU-Munition abgeschossen werden – insbesondere wird dabei das Kampfflugzeug Thonderbolt genannt. Siehe: <http://www.bandedpleteduranium.org/en/a/396.html>, dl. 27.3.2011, 17:52. Eines dieser Flugzeuge ist am 2. 4. über Deutschland abgestürzt.

Die Fairchild-Republic A-10 Thunderbolt II (deutsch Donnerkeil), von ihren Piloten auch Warthog („Warzenschwein“) oder kurz Hog genannt, ist ein typischer "Panzerknacker". Dieses Erdkampfflugzeug ist bestückt mit panzerbrechender Munition, deren Projektile abgereichertes Uran enthalten. Hier sind die technischen Daten der festinstallierten Bewaffnung der A-10A Thunderbolt II: 1 × 30-mm-GAU-8/A-Avenger-Gatling-Kanone mit 1350 Schuss Munition. Sie verschießt hochexplosive sowie panzerbrechende Uranmunition mit einer Kadenz von 4.200 Schuss pro Minute (Gewicht pro Granate bis zu 750 g). Die Rückstosskraft der Waffe beträgt 44,5 kN, was in etwa der Schubkraft eines der Triebwerke entspricht. (Quelle: Wikipedia)

DU ist ein Abfallprodukt aus AKWs. Es ist für die Waffentechnologie beliebt, da DU eine 1,7 fache Dichte von Blei hat und damit die Bomben mit einer hohen Durchschlagskraft ausstattet. Eine DU-Waffe kann mühelos einen Panzer durchschlagen, in seinem Inneren dann kann die Explosion geschehen und es entsteht eine radioaktive Staubwolke. Freigesetzte radioaktive Partikel können über Wind und Wasser weit verbreitet werden. Der britische Kriegsminister Liam Fox hatte ausdrücklich den Wert dieser Waffen gelobt: *"The UK does not support resolutions that presuppose DU is harmful... The Government's policy remains that DU can be used within weapons; it is not prohibited under current or likely future international agreements. UK armed forces use DU munitions in accordance with international humanitarian law. It would be quite wrong to deny our serving personnel a legitimate capability."* Zit in: <http://www.stopwar.org.uk/content/view/2321/27/>, dl 29.3.2011.

Offiziell geben sich die kriegsführenden Nationen bedeckt, was die Ziele ihrer Militäraktion betrifft. De facto scheint die Absicht jedoch klar zu sein. Das UN-Mandat erlaubt nicht, Gaddafi auszuschalten. Dazu bräuchte es – siehe oben – Bodentruppen. Dafür gäbe es auch von Seiten der Bevölkerung in den westlichen Ländern keine Zustimmung. Eine „Feindberührung“ wie in Afghanistan könnte wie ebendort bedeuten, dass französische, britische oder amerikanische Soldaten im Feld fallen. Also geschieht es indirekt durch massive militärische Unterstützung der Rebellen. Man überlässt das blutige Geschäft den Libyern selbst.

8 Die fragwürdige Entscheidung des UN-Sicherheitsrates

Die Resolution 1973 (2011) des UN-Sicherheitsrates bedeutet ein Eingreifen in einen innerstaatlichen Konflikt, was die UN-Charta an sich nicht ausdrücklich vorsieht. Allerdings hat sich in den vergangenen Jahren in den UN-Dokumenten die Formel „Responsibility to protect“ heraus kristallisiert. Bei schwerwiegenden systematischen Menschenrechtsverletzungen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann die internationale Gemeinschaft dann einschreiten, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft worden sind. Von diesem Faktum geht nun die UN-Resolution 1973 (2011) aus und legitimiert völkerrechtlich ein militärisches Einschreiten. In der Resolution selbst wird von vier Maßnahmen gesprochen:

- a) Flugverbotszone
- b) Waffenembargo
- c) Flugverbot für libysche Flugzeuge
- d) Einfrieren von Konten.

Ausdrücklich wird eine Besatzung ausgeschlossen. Nirgends wird in dieser Resolution ausdrücklich ein Mandat gegeben, libysche Stellungen am Boden anzugreifen.

In der Einschätzung dieser Resolution wird von Völkerrechtlern bereits als das Wort „historisch“ verwendet. Der Innsbrucker Universitätsprofessor Peter Hilpold spricht mit Blick auf diese Entscheidung von einem „Sieg der Humanität“¹².

Aus friedenspolitischer Sicht ist es gefährlich, wenn eines der Grundprinzipien der Weltgemeinschaft, die Souveränität eines Landes zu achten, durch den Beschluss des UN-Sicherheitsrates, eine Flugverbotszone einzurichten – was einem

¹² Vgl. DER STANDARD, 23.3.2011.

Kriegsbeschluss gleichkam – in diesem Fall missachtet wurde.¹³ Es ist fraglich, ob damit der UN-Sicherheitsrat seinem Anspruch als Bewahrer des Friedens und des zivilisierten Zusammenlebens auf der Welt gerecht wird. Statt sich für humanitären Hilfsmaßnahmen zu engagieren, wurde dem Krieg das Wort geredet.¹⁴

Ein Blick in die Geschichte der Interventionen der vergangenen zwei Jahrzehnte zeigt, wie gefährlich, militärisch und politisch unsinnig die letzten Versuche waren, mit Flugverbotszonen und militärischer Intervention einen Bürgerkrieg zu beenden. 1999 führte die Flugverbotszone im Kosovo zu einer Eskalation der Gewalt zwischen der albanischen UCK und den serbischen Militärs und Milizen. Der Bürgerkrieg entflammte und innerhalb von 77 Tagen der Flugverbotszone kamen 10 Mal mehr Menschen um als in den 10 Jahren zuvor. Der serbische Präsident Milosevic wurde eineinhalb Jahre später nicht durch Intervention von außen abgelöst, sondern durch eine demokratische Bewegung von innen.¹⁵

Angesichts eines dritten Krieges in der islamischen Welt hätte Präsident Obama seine Auszeichnung als Friedensnobelpreisträger längst dem Nobelkomitee zurückgeben müssen. Mit seiner Kriegserklärung gegen Libyen verletzt er zudem die Verfassung der USA, demnach ein Krieg die Zustimmung des Kongresses verlangen würde. Eine solche ist aber nur dann möglich, wenn die USA selbst angegriffen worden wären, also in einer Verteidigungsabsicht. Dies trifft auch für den Bündnischarakter der NATO zu. Ein Militärpakt darf nur dann agieren, wenn er angegriffen wird.

Wir leben in einer Zeit, in der Grundlagen des nationalen und internationalen Rechts scheinbar außer Kraft gesetzt werden, um Kriege führen zu können. Die Argumentation, die westlichen Mächte würden im Auftrag der Verteidigung des

¹³ Die Resolution des UN-Sicherheitsrates 1973 wurde mit 10 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen. Sie fordert einen sofortigen Waffenstillstand, dessen Nichtbeachtung eine Militärintervention nach sich zöge. Jedoch wurde ausdrücklich eine Intervention mit Bodentruppen ausgeschlossen. Die Resolution erlaubt jedoch die Errichtung einer Flugverbotszone. In den 1990er Jahren setzten die USA, Großbritannien und Frankreich eine Flugverbotszone über dem Irak durch, die nicht zum Frieden führte; unter der Flugverbotszone kam es im irakischen Kurdistan zwischen zwei feindlichen Parteien zu einem erbittert geführten Bürgerkrieg. Außerdem diente die Flugverbotszone auch der Vorbereitung der US-Invasion im Jahr 2003. Eine Intervention in Libyen könnte zu einer Teilung des Landes und zu jahrzehntelangen Auseinandersetzungen führen. Die Arabische Liga kritisierte allerdings von Beginn an die Operation Odyssey Dawn, da es der UN-Resolution um den „Schutz der Zivilisten ginge“ und nicht um Angriffe, in der die Zivilbevölkerung gefährdet wird.

¹⁴ Der UN-Sicherheitsrat hätte laut UN-Charta weit mehr Möglichkeiten, die nicht mit militärischen Maßnahmen verbunden wären. Das Recht und die Pflicht der UNO zu handeln, wenn massiv Menschenleben bedroht sind und Menschenrechtsverletzungen geschehen, sei damit unbestritten.

¹⁵ Vgl. dazu: Pradetto August: Interventionistische Gedächtnisstörung?, in: DER STANDARD, 29. März 2011,31.

Völkerrechts agieren, ist angesichts der offensichtlichen geopolitischen Interessen der beteiligten Kriegsländer fragwürdig. Die Kriege des 21. Jahrhunderts sind keine Verteidigungskriege, sondern Angriffskriege.

9 Psychologische Kriegsführung und Manipulation der Massen

Und wieder bewahrheitet sich das Diktum „Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer“. In Kriegszeiten ist es auf den ersten Blick nicht leicht zu erkennen, was sind manipulative Meldungen, was ist Wirklichkeit. Für die Kriegsbereitschaft des Westens bedarf es jedenfalls der über die Massenmedien verbreiteten Propaganda.

Dies begann in den letzten Wochen mit der schlechten Presse, die Muammar Gaddafi erhielt. Mehr und mehr wurde er zum absolut Bösen, zum verrückten Tyrannen, zum Schlächter von Tripolis, der wahllos auf wehrlose Zivilisten schießen lässt. Die einfache Botschaft auf Hollywood-Niveau lautet: Die Welt muss sich von diesem Bad Guy erlösen und der wahlkämpfende Sarkozy kann als Good Guy punkten. Der Gute setzt sich für die Menschenrechte ein und ist bereit, dafür jedes Opfer zu bringen.

Der tief sinnige Titel der Operation „Odyssey Dawn“ passt dazu. Dawn – die Morgendämmerung – signalisiert Hoffnung und Neubeginn. Dieser Neubeginn wird verbunden mit der wohl stärksten mythologischen Figur des europäischen Abendlandes. Sarkozy als der neue Odysseus, Hillary Clinton als Inkarnation der Penelope und Obama als Telemachos, Liam Fox als Achilleus – alle vereint im Kampf zur Rettung von Benghazi – dem Troja des Jahres 2011. Gaddafi als Hektor, der wütend und mit Kriegsgeschrei die Bevölkerung von Troja-Tripolis zum Durchhalten anpeitscht und dessen Ende ruhmlos sein wird wie Hektor in der Ilias. Odysseus ging es um die Befreiung der schönen Helena. Heute steht Helena für Öl, das der Westen nicht aus seiner Kontrollmacht geben möchte. Der Krieg um Troja dauerte zehn Jahre und nochmals zehn Jahre die gefährliche Rückkehr zur Normalität – welch Omen für die heutigen Schlachten. Der Held Odysseus und sein Befreiungskrieg stand unter dem Schutz der Göttin Athene – die religiöse Legitimation war gegeben. Wie steht's damit heute?

10 Die Stellungnahmen der Katholischen Kirche

Was sagt die katholische Kirche zum militärischen Eingreifen des Westens? Papst Johannes Paul II. hatte sich in den 90er-Jahren gegen die Militärschläge des Westens auf den Irak ausgesprochen. Von Papst Benedikt XVI. fehlte anfangs eine offizielle Stellungnahme. Einer direkten Wertung enthält sich der „L'Osservatore Romano“ am Tag der Angriffe – wie überhaupt hochrangige Vatikanvertreter. Der „Katechismus der Katholischen Kirche“, der unter der Federführung des heutigen Papstes Benedikt XVI. entstand, führt allerdings klare Kriterien für einen so genannten „gerechten Krieg“ an. Ein Volk dürfe sich „in Notwehr militärisch verteidigen“, falls ansonsten der Schaden für die Nation oder die Völkergemeinschaft „schwerwiegend und von Dauer“ wäre. „Alle anderen Mittel, dem Schaden ein Ende zu machen, müssen sich als undurchführbar oder wirkungslos erwiesen haben. Es muss ernsthafte Aussicht auf Erfolg bestehen.“ Und „der Gebrauch von Waffen darf nicht Schäden und Wirren mit sich bringen, die schlimmer sind als das zu beseitigende Übel“. (KKK, 2309) Daher kommt der L'Osservatore zur Schlussfolgerung: „Bei aller Sympathie für die Aufständischen, es sieht nicht so aus, als würde ein militärisches Eingreifen des Westens in Libyen diesen Kriterien vollauf genügen.“ Eine Woche nach den Angriffen, am Sonntag, 27. März 2011, rief Papst Benedikt XVI. alle Kriegsparteien auf, den bewaffneten Weg zu beenden und in Dialog miteinander zu treten.¹⁶

Mit Dauer der Angriffe des Westens nahmen auch die kritischen Stellungnahmen von Seiten der katholischen Kirche gegenüber dem Waffengang der Alliierten zu. Dabei wurde durchaus entlang der traditionellen Kriterien vom Gerechten Krieg argumentiert. Selbst das nicht-militärkritische „Institut für Religion und Frieden“ – eine Einrichtung an der Schnittstelle von Bundesheer und Militärordinariat – kam zum Schluss, dass diesen Angriffen wahrscheinlich die ethische Legitimität fehlen könnte.¹⁷

¹⁶ "In Momenten größten Spannungen ist es dringend geboten, auf alle Mittel der Diplomatie zurückzugreifen, und auch die schwächsten Signale einer Öffnung und eines Versöhnungswillens zu unterstützen", zit.in: www.kathpress.at/site/nachrichten/database/38317.html, dl. 28.3.2011, 18:09. "Mit diesem Blickpunkt richte ich mein Gebet an den Herrn und bete für eine Wiederherstellung der Eintracht in Libyen und den gesamten nordafrikanischen Raum. Ich richte auch einen herzlichen Appell an internationale Organisationen und Politiker und Militärs, um einen sofortigen Dialog über die Aussetzung der Verwendung von Waffen zu führen".

¹⁷ Vgl. den Artikel in „Tiroler Sonntag“ von Wolfgang Freistetter, Kanzler der Militärdiözese und Leiter des Instituts für Friede und Religion, 3. April 2011, 6.

Einige wenige Stimmen hochrangiger Vertreter der katholischen Kirche aus Deutschland zeigten sich allerdings auch verständnisvoll für die internationalen Militäreinsätze.¹⁸

11 Ein notwendiger Krieg?

Und wieder – wie in den Kriegen gegen den Irak und gegen die Taliban in Afghanistan – sind es französische Intellektuelle, die aus humanitären Gründen dem Krieg das Wort redeten. Ihr Sprachrohr war André Glucksmann.¹⁹ Kein Krieg, in dem auch getötet wird, könne gerecht sein. Dennoch sei eine kriegerische Intervention notwendig, wenn das Leben von Tausenden Menschen auf dem Spiel stünde.

Dabei argumentiert Glucksmann erstens, als gäbe es nur die Alternative zwischen Wegschauen einerseits und militärischer Intervention andererseits. Wer diesem Kurzschluss obliegt, glaubt das moralisch überlegenere Argument zu haben und stempelt die Kritik am Krieg letztlich als unmoralisch ab.

Zweitens bleibt die Behauptung offen, dass mit Krieg eine Lösung gefunden werden könne.

Drittens schließlich verschleiert Glucksmann mit humanitären Argumenten die wirklichen Absichten der Koalition.

12 Nein zum Krieg gegen Libyen

Mit militärischen Kampfhandlungen kann kein Frieden geschaffen werden. Die erste Forderung lautet: Sofortiger Waffenstillstand. Stopp aller Kampfhandlungen. Zurück an die Verhandlungstische!. Die Weltgemeinschaft hätte so viele Ressourcen, das libysche Volk vor einem Regime zu schützen, wenn es sich gegen die eigene Bevölkerung richtet. Mit einem Bruchteil der Milliarden Dollar und Euro, die in die Kriegsmaschinerien gesteckt werden, könnten Tausende von Friedensfachkräften nachhaltig für eine friedliche Konflikteskalation eintreten.

Weltweit fordern friedensbewegte Menschen und ihre Organisationen: Nein zu jedem Krieg! Kein Krieg gegen Libyen. Österreich muss in den internationalen Organisationen – insbesondere den Vereinten Nationen und der EU – klar gegen eine kriegerische Politik auftreten. Eine Kriegsbeteiligung – auch nicht zur

¹⁸ So der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch am 26. 3. 2011. "Wenn die Truppen des Diktators Gaddafi tatsächlich kurz davor standen, im Osten Libyens ein Blutbad anzurichten, ist ein Militäreinsatz auf der Grundlage eines Mandats zum Schutz der Zivilbevölkerung grundsätzlich vertretbar." <http://www.rosenheim24.de/libyen-nachrichten/kirche-befuerwortet-militaereinsatz-libyen-zr-1177179.html>, dl. 4.4.2011, 20:58.

¹⁹ Vgl. DER STANDARD, 29. März 2011, 30.

Durchsetzung so genannter humanitärer Maßnahmen – ist jedenfalls neutralitätswidrig und auszuschließen.

Weltweit fordern friedensbewegte Menschen – nicht erst in den letzten Monaten – Solidarität mit dem ganzen Volk von Libyen. Zweifel am Militäreinsatz des Westens haben nicht zuletzt auch jene Oppositionellen und Journalisten, die sich schon seit vielen Jahren ein Ende des Gaddafi-Regimes wünschten. Die Konflikte in Libyen können und müssen auf politischem Wege gelöst werden. Der „Koalition der Kriegswilligen“ muss eine „Koalition der friedensbegten Menschen guten Willens“ entgegen gestellt werden.

Nein zum Gaddafi-Regime.

Die Abwahl der gegenwärtigen libyschen Regierung kann und muss in einem internen demokratischen Prozess in Libyen selbst geschehen. Eine Militärintervention von außen wird diesem demokratischen Ziel nur schädlich sein. Was Gaddafi in den vergangenen Jahrzehnten im Wissen der westlichen Bündnispartner getan hat – Verfolgung Oppositioneller, willkürliche Inhaftierungen, Folter, Einschüchterungen, Korruption – kann und darf nicht verschwiegen werden.

Abschließend:

Für Freiheit und Demokratie in Libyen auf gewaltfreiem Weg

"Man muss den Mut haben, mit Gaddafi zu sprechen ...“ "... eine chirurgische Kriegsführung" ohne zivile Opfer ist unmöglich"

(Apostolischer Vikar – Vertreter des Vatikans in Tripolis, 1.4.2011)

**... die Feuerwehr löscht nicht mit Benzin ...
... Bomben schaffen keinen Frieden ...
... es gibt so viel mehr als Bomben ...
... es gibt bessere Wege als jene der Gewalt ...
... es gibt die Mittel, die dem Ziel entsprechen ...**

Welche Maßnahmen sind aus der Perspektive Österreichs zu unterstützen!

- (1) Wirklicher Schutz der Bevölkerung vor Bürgerkriegsgewalt und Bombardierungen steht an oberster Stelle (auch im Sinne der Zielsetzung der UN-Resolution 1973 – „responsibility to protect“).
- (2) Schritte der Deeskalation und vertrauensbildende Schritte
- (3) Stopp jeglicher Waffenlieferungen an Libyen (Waffenembargo, wie es auch die UN-Resolution vorsieht, d.h z.B. auch keine Bewaffnung der „Rebellen“)
- (4) Stopp der Kampfhandlungen
- (5) beginnend mit: einseitiger Waffenruhe (unilateral); das bedeutet auch ein bedingungsloses Einstellen von Kampfhandlungen²⁰

²⁰ Im Laufe des Bürgerkriegs machten beide Seiten zumeist Angebote für einen Waffenstillstand, die mit Bedingungen verknüpft war, die die jeweilige Gegenseite nicht akzeptieren konnte. Beispielsweise

- (6) zunächst: Stopp der Angriffe durch die Alliierten (als vertrauensbildender Schritt)
- (7) Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien unter Vermittlung von Experten, Vertrauensleuten und UNO²¹, Arabische Union ... ein Art Weisenrat mit hochrangigen Vertretern aus der muslimischen Welt unter Vorsitz des UN-Generalsekretärs.
- (8) Waffenruhe, Waffenstillstand (multilateral)²²
- (9) Waffenstillstandsvertrag
- (10) Überprüfung und Sicherung des Waffenstillstands durch UNO (im Sinne eines Peace Keeping und nicht eines Peace Enforcement)
- (11) Internationale Wirtschaftsbeziehungen, die nicht einem ungerechten Regime dienen, ansonsten Ausstieg aus Öl- und Gaslieferungen, wenn dies einer der Bürgerkriegsparteien zugute kommt
- (12) Wirtschaftliche Boykottmaßnahmen als Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzungen
- (13) Abzug aller fremden Truppen/Söldner ... aus Libyen
- (14) Demokratisierung
- (15) Unterstützung der demokratischen, gewaltfreien Kräfte, die sich im Interesse des gesamten Volkes für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen (in den Nachbarländern Tunesien und Ägypten haben die arabischen Nationen gezeigt, wie sehr sie fähig sind, sich auf nicht-militärischem Weg von Unterdrückern zu befreien)
- (16) Freie Wahlen in Libyen
- (17) Aktive Neutralitätspolitik – Österreichs Rolle als neutraler Vermittler!

**Dr. Klaus Heidegger,
Kommission für Sicherheit und Abrüstung
Pax Christi Österreich**

die Rebellenseite, die einen Waffenstillstandsangebot mit der Bedingung verknüpfte, dass sich die Gaddafi-Truppen aus ihren „befreiten“ Städten zurückziehen sollten.

²¹ In diesem Sinne kann das UN-Büro in Tripolis genützt werden.

²² Von Gaddafi wurde bereits vor dem Angriff der internationalen Streitkräfte ein Waffenstillstands-Angebot gemacht. Wegen der militärischen Unterstützung durch die Alliierten lehnten die militärischen Rebellen jedoch einen solchen von Beginn an klar ab.